

Musterklausur: Thema 4 – Wirtschaft in der Europäischen Union

Textgrundlage: Ruhkamp, Stefan: Die politische Währungsunion, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.07.2010, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/optimale-waehrungsraeume-die-politische-waehrungsunion-1992211.html, Zugriff am 15.02.2015

Zum Autor: Stefan Ruhkamp, keine weiteren Informationen vorhanden

Arbeitsaufträge

- Geben** Sie die Erklärung des Begriffs „Wechselkurs“ **wieder** und **beschreiben** Sie die Vor- und Nachteile von flexiblen und festen Wechselkursen. (AFB I)
- Analysieren** Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors. (AFB II)
- Entwickeln** Sie auf der Grundlage der Theorie des optimalen Wirtschaftsraumes und anhand der Position des Autors einen optimalen europäischen Währungsraum. **Überprüfen** Sie Ihr Konzept anhand der bekannten Kriterien Legitimität und Effizienz. (AFB III)

Operatoren aus der Aufgabenstellung

wiedergeben:	Kenntnisse (Fachbegriffe, Daten, Fakten, Modelle) und Aussagen in komprimierter Form unkommentiert darstellen
beschreiben:	wesentliche Aspekte eines Sachverhaltes im logischen Zusammenhang unter Verwendung der Fachsprache wiedergeben
analysieren:	Materialien oder Sachverhalte kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen, in systematische Zusammenhänge einordnen und Hintergründe und Beziehungen herausarbeiten
entwickeln:	zu einem Sachverhalt oder zu einer Problemstellung ein konkretes Lösungsmodell, eine Gegenposition, ein Lösungskonzept oder einen Regelungsentwurf begründend skizzieren
überprüfen:	Inhalte, Sachverhalte, Vermutungen oder Hypothesen auf der Grundlage eigener Kenntnisse oder mithilfe zusätzlicher Materialien auf ihre sachliche Richtigkeit bzw. auf ihre innere Logik hin untersuchen

M Die politische Währungsunion

Fragt man Ökonomen, hätte es wohl nie eine Währungsunion geben dürfen: Keine deutsche vor zwanzig Jahren, als die D-Mark die Einheit vorwegnahm. Und keine europäische, deren Happy End noch in den Sternen steht. Die Wirtschaftswissenschaften haben für solche Fälle die Theorie der optimalen Währungsräume entwickelt. Das Rezept für die perfekte gemeinsame Währung sieht demnach so aus: Nur Länder mit einer möglichst ähnlichen Wirtschaft, flexiblen Arbeits- und Kapitalmärkten und viel Handel untereinander sollten sich zusammenschließen. Und obendrein sollte die Wirtschaftspolitik möglichst ähnlich sein. Nach solchen Kriterien wäre der Euro schon vor seiner Einführung durchgefallen und Ostdeutschland hätte wohl heute noch seine Mark – und wenig durchlässige Grenzen. Glücklicherweise läuft die Welt aber nicht immer nur nach ökonomischen Kriterien. Die deutsch-deutsche Währungsunion war von Beginn an ein politisches

Projekt. Den Beteiligten war klar, dass sich eine nüchterne Kosten-Nutzen-Rechnung, ausgedrückt in Mark und Pfennig, aus westdeutscher Sicht nicht lohnen würde. Die Transfergemeinschaft war der Preis für die politische Einheit, und er wird bis heute gezahlt. Die Menschen in den alten Bundesländern haben die vielen hundert Milliarden Mark und Euro, die seit 1990 über den Länderfinanzausgleich und den Solidaritätszuschlag in den Osten geflossen sind, nicht immer gern gegeben. Aber es gibt doch einen breiten politischen Konsens, dass die Grundentscheidung für eine rasche Einheit richtig war. [...] Der wirtschaftliche Erfolg hat, wie von Ökonomen befürchtet, auf sich warten lassen. Die Arbeitslosigkeit hat in den neuen Ländern bald die erste Euphorie über D-Mark und Marktwirtschaft vergallt. Aus eigener Wirtschaftskraft trägt sich der Osten bis heute nicht, auch wenn die Früchte der Transfers und des gemeinsamen Wirtschaftens mittlerweile

die von Helmut Kohl prophezeiten „blühenden
 40 Landschaften“ erahnen lassen.
 Euphorie und Schock der schlagartigen Aufwertung
 der Ostmark durch den Umtausch im Verhältnis eins
 zu eins sind Geschichte. Wer will das Urteil wagen,
 dass mit einem anderen Umtauschkurs alles leicht-
 45 ter gewesen wäre? Eine schmerzhaft Anpassung
 der Wirtschaft der neuen Bundesländer an den Wes-
 ten hätte es in jedem Fall gegeben und teure Trans-
 ferzahlungen von West nach Ost auch.
 Und der Euro? Auch er ist in seinem Kern ein politi-
 50 sches Projekt. Das Wagnis sind die Europäer nur ein-
 gegangen, weil sie die Währungsunion als Vorboten
 einer politischen Einigung verstanden haben. Die
 einen wollten den Euro als Krönung der politischen
 Integration und warnten vor einem Schnellschuss.
 55 Die anderen wollten ihn als Beschleuniger auf dem
 Weg zu einem stärkeren und intensiveren Europa.
 [...] Damit enden auch schon die Parallelen zur
 deutschen Währungsunion. Für Deutschland war
 von Beginn an klar, dass die Vereinigung des prosperierenden¹
 60 Westens mit der daniederliegenden
 Wirtschaft im Osten riesige Transfers notwendig
 machen würde. Ganz ohne solche Zahlungen mag
 es auch in Europa nicht gehen. Seit Jahrzehnten
 zahlt Deutschland mehr ein, als es aus den diver-
 65 sen Beihilfetöpfen ausgezahlt bekommt – mal be-
 reitwillig, mal murrend. Derzeit beträgt die Summe
 jährlich rund 9 Milliarden Euro. Mit dem Geld wer-
 den Olivenbauern in Griechenland, Straßenbau in
 Portugal und Skilifte in Spanien bezahlt. Manches

¹ prosperieren = sich günstig entwickeln; gedeihen; gut voran-
 kommen

davon mag sinnvoll sein, anderes nicht. Wichtig ist 70
 nur, dass den Zahlungen Grenzen gesetzt sind.
 Nun droht jedoch ein Systemwechsel, der das politi-
 sche Projekt Euro an den Rand des Scheiterns brin-
 gen könnte. In der Schuldenkrise haben die europäi-
 75 schen Regierungen Stabilisierungen auf den Weg
 gebracht, die die Verantwortung für die Fiskalpolitik
 verschwimmen lassen. Zählt man die Hilfen des In-
 ternationalen Währungsfonds (IWF) und die Hilfen
 für Griechenland mit, stehen 860 Milliarden Euro an
 80 Krediten bereit, um finanzschwache Euro-Staaten
 zu stabilisieren. Obendrein kauft die Europäische
 Zentralbank immer noch Anleihen der Wackelkan-
 didaten.
 Sollte das der Einstieg in eine hemmungslose Trans-
 ferunion sein, wird sie bald an ihre Grenzen stoßen. 85
 Denn die Bereitschaft, die Last für andere mitzu-
 tragen, ist innerhalb Europas ungleich geringer als
 innerhalb Deutschlands. Das ist keine deutsche Be-
 sonderheit. Viele mögen den Euro, schon weil er das
 lästige Umtauschen im Urlaub erspart. Aber man 90
 frage die Niederländer, ob sie bereit sind, die griechi-
 schen Schulden zu begleichen. Oder man frage die
 Franzosen, wie groß ihr Mitleid für überschuldete
 spanische Bauherren ist. Die Antwort dürfte in den
 meisten Fällen eisige Ablehnung sein. Nicht wenn 95
 es um Hilfen in begrenztem Umfang geht, aber
 riesige Summen mit einem Federstrich zu übereig-
 nen, das werden auch die begeisterungsfähigsten
 Europäer auf Dauer nicht akzeptieren. Wer Europa
 voranbringen und den Euro behalten will, darf das 100
 Projekt nicht überlasten. Zu einem gesunden Euro
 gehört auch ein gesundes Maß an Eigeninteresse.

01.07.2010 von Stefan Ruhkamp